

Herr Bundesgesundheitsminister
Professor Dr. Karl Lauterbach
Abgeordnetenbüro Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Beschlossene Impfpflicht und ihre existentiellen Folgen

14. Januar 2022

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lauterbach

Sie haben beschlossen, dass alle, die durch die gesamte Pandemie an vorderster Front für die Gesundheit und das Leben jedes einzelnen Kranken, Behinderten, Pflegebedürftigen, jeden Tag 24 Stunden, 7 Tage die Woche gearbeitet, gekämpft, gerungen haben, ab 15. März nur noch mit einem Impfnachweis arbeiten dürfen. Schon jetzt arbeiten alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihrer **Belastungsgrenze**. Nicht Geimpfte und Geimpfte arbeiten Seite an Seite, die nicht Geimpften mit täglicher Testpflicht und hohen Hürden, die sie in Kauf nehmen, um ihrer täglichen Arbeit, ihren Beruf, ihre Berufung, ausüben zu können.

Waren Sie sich bei Ihrer Entscheidung bewusst, was es für den Gesundheits- und Pflegebereich bedeutet, wenn nur ein*e einzige*r Mitarbeiter*in ausfällt? Schon jetzt arbeiten viele über ihre Belastungsgrenze hinaus, füllen die schmerzlichen Lücken, die durch Krankheit oder Kündigung entstehen. Die aktuelle Virusvariante Omikron wird die Lage noch deutlich verschärfen.

Die Impfpflicht wird die **extreme Arbeitsbelastung deutlich erhöhen**. Die logische Konsequenz daraus wird sein, dass auch Geimpfte diesem Arbeitsbereich den Rücken kehren oder wegen Überlastung oder Erschöpfung nicht mehr einsatzfähig sind.

Für uns zeichnet sich ganz konkret folgendes Debakel ab: Die vorgesehene **Betreuung und Pflege** der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderung und deren Familien, die wir im gesamten Ortenaukreis versorgen und betreuen, ist im Falle der Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht **nicht mehr aufrecht zu erhalten**. Ordnungsrechtliche Vorgaben und vorzuhaltende Personalschlüssel in Dienstplänen können nicht mehr erfüllt werden. Augenmaß ist erforderlich!

Schon vor der Pandemie bestand ein **Pflegenotstand**. Der **Arbeitsmarkt** ist **leergefegt**. Neue Kolleginnen und Kollegen finden sich nicht oder erst Monate später, obwohl wir keine Kosten und Mühen scheuen, um bis ins Ausland zu akquirieren.

Sind Sie sich bewusst, dass Sie mit dieser Entscheidung die Versorgung, Betreuung, Pflege all der vulnerablen Gruppen, deren Schutz Sie immer wieder propagieren, akut und massiv gefährden?

Wie viele Menschen in Ihrem Familien-, Bekannten-, Freundes-, Berufskreis benötigen Unterstützung, Betreuung? Wollen Sie ihnen zumuten, nicht schnell und gut rundum versorgt zu werden? Warum betrifft die Impfpflicht zunächst nur die Berufsgruppe der Pflege- und Betreuungskräfte, die eh schon mit dem Rücken an der Wand steht? Müssen wir in der ambulanten Pflege wirklich Sozial-Listen erstellen, die regeln, wann und wie welche Menschen nicht mehr versorgt werden können?

Am 31. Oktober waren 66,7 % der Gesamtbevölkerung vollständig geimpft, am 11. Januar 72,2 %. Das ist ein Zuwachs von 5,5 % im letzten Vierteljahr. Es scheint, dass ein Teil der Bevölkerung, trotz der Verschärfung der Maßnahmen, nicht bereit ist, sich impfen zu lassen. Die Gründe sind vielfältig.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – auch ein Spiegel der Gesellschaft -, ob geimpft oder nicht geimpft, fühlen sich abgehängt von der gesellschaftlichen Solidarität. Sie fühlen sich durch Ihre politische Entscheidung um eigene Entscheidungsrechte gebracht, die allen anderen Bürgern, inklusive der betreuten Menschen, Besuchern der Wohnheime und anderen Kontaktpersonen des sozialen Umfeldes, belassen werden.

Logisch und konsequent wäre aus unserer Sicht eine **allgemeine Impfpflicht**, die von allen, die in dieser Solidargemeinschaft leben, auch ihren Beitrag einfordert.

Sind alle Abgeordneten geimpft? Bei uns sind über 80 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geimpft und sie arbeiten seit März 2020 mit allen nicht geimpften Kolleginnen und Kollegen Seite an Seite. Wir sind durch diese Pandemie bisher gut gekommen, weil sich jeder **an seinem Platz verantwortungsvoll verhalten hat**. Deshalb fordern wir eindringlich: bitte schaffen Sie eine **rechtliche Grundlage**, die unsere 330 Arbeitsplätze erhält und **die Betreuung und Versorgung** von etwa 300 **betroffenen Menschen mit Behinderung und deren Familien weiterhin gewährleistet**. Ziehen Sie keine roten Linien in eine Gesellschaft, die nach 2 Jahren Pandemie dringend den Zusammenhalt braucht und die gelernt hat, mit dem Virus zu leben.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Haas
Vorstand Elternverein

Wolfgang Dürr
Vorstand Elternverein